72. Jahrgang. № 326

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 12. Juli 1928

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr: vom 1. bis 15. Juli 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.70 Mark. Postbezugspreis für Monat Juli 2.40 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42
Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden
Postscheck-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Malmgreen-Gruppe gerettet.

Mussolini über Südtirol.

Offenherzige Erklärungen.

Berlin, 12. Juli. Ein Berichterstatter des „Berliner Lokalanzeiger" hatte mit Mussolini eine Unterredung über die deutsch-italienischen Beziehungen und Südtirol, in der Mussolini u. a. **die Tatsache des polnischen Korridors** zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich **als eine sehr ernste Angelegenheit für Deutschland bezeichnete.** Man könne das selbstverständlich verstehen. Hierauf sprach Mussolini vom Geist der Jugend, die einmal das Schicksal Europas tragen müsse, und als der Berichterstatter **das Problem Südtirol** anschnitt, erklärte Mussolini: „Es gibt politische Fragen allererster Ordnung und solche minderen Grades. **Ein Staatsmann wie Ihr Bismarck hätte das, was ihr hartnäckig und vergeblich als Südtiroler Frage bezeichnet, wahrscheinlich als eine solche minderen Grades betrachtet.**"

Als der Berichterstatter dann auf die Namensänderungen und andere Vorfälle in Südtirol hinwies, erklärte Mussolini: „Wieviel Namensänderungen sind es denn nun, nicht mehr als ein Dutzend. Die Kriegsverstümmelten und Invaliden des früheren österreichisch-ungarischen Heeres sind vorgestern bei mir gewesen. Ein alter Bauer konnte nicht Italienisch, er hat deutsch mit mir gesprochen.

Ich will keine Märtyrer schaffen.

Sie sind im Irrtum. Es sind nur die Gesetze durchgeführt worden, die für ganz Italien gelten. Ich habe einen Spezialkommissar nach Bolzano (Bozen) geschickt, um die Bedürfnisse der Landwirtschaft zu prüfen. Ich will helfen, aber ich will nicht Fragen erörtert sehen, die ich nicht erörtern kann. Ich will offen mit Ihnen sprechen. Man hat die Frage von Südtirol aufgegriffen von allen Feinden des Faschismus; Leute, **die sonst gar nicht national denken bei Ihnen, greifen mich deswegen an, obwohl sie zulassen, daß an allen ihren anderen Grenzen Unrecht geschieht.** Es ist nicht wahr, daß das Alto adige leidet, und ich will nicht, daß es leidet. Aber ich lasse mir nicht von den Feinden meiner Weltanschauung Schritte aufdrängen und lasse mir von ihnen keine Forderungen stellen. Es gibt das Wort von Sokrates: Sei freundlich zu deinen Freunden und feindlich zu deinen Feinden! Ein gutes Wort. Ich will nicht klüger als der griechische Philosoph sein."

Der Berichterstatter brachte dann noch einige besondere Klagen aus Südtirol vor. Mussolini unterbrach ihn darauf und erklärte: „Nein! Der Präfekt von Bolzano ist nicht ein Mann, der seine Befugnisse überschreitet, oder aus seiner in der Hauptsache administrativen Tätigkeit heraustritt. Ich wiederhole, ich bin dagegen, Märtyrer zu schaffen. Sie erhalten falsche Nachrichten. Diese Geschichte mit den Weihnachtsbäumen ... mein Gott, welch ein Unsinn! Die Verbannungen ... es sind im ganzen zwei Männer verbannt worden, nicht weil sie Tiroler, sondern weil sie antifaschistisch waren. Einer wurde kurz darauf wieder freigelassen. Ueberhaupt ziehe ich es vor, die Lehrer und die Bibliotheken in Ruhe zu lassen."

Noch einmal versuchte der Berichterstatter Einwendungen, worauf Mussolini erwiderte: „Ich gestehe Ihnen das Recht zu, Ihr Deutschtum zusammenzufassen, wie es Ihre nationale Aufgabe erfordert. Ich würde nie hören auf Klagen von Wenden oder Polen oder anderen Volkssplittern in Ihrem Lande. Es gibt die Notwendigkeit im Leben großer Völker, und es gibt die Pflicht, ihr zu dienen ...

übrigens, wie geht es den Deutschböhmen?"

Der Berichterstatter erklärte: „Man spricht selbstverständlich deutsch in Marienbad, und immerhin gibt es deutsche Minister dort." Mussolini erwiderte: „Weil die Deutschen dort wirtschaftlich stark sind, weil sie 2,5 Millionen sind. Im übrigen sieht es in anderen Gegenden anders aus. Man muß wissen, was man will in der Politik. Es gibt Fragen, die einen historischen Ablauf finden und die man historisch als erledigt betrachten muß."

Nach einer kurzen Pause fügte Mussolini hinzu: „Ich will nicht, daß dieses Land (Südtirol), das eine deutschsprachige Minderheit besitzt, wirtschaftlich leide. **Ich will freiwillig meinen Freunden Gutes tun, aber vor Gewalt schrecke ich zurück."**

Der Berichterstatter hat im übrigen den Eindruck gehabt, daß Mussolini an den Aufstieg Deutschlands glaubt und ihn begrüßt. Er hatte ja auch die Offenheit, in einer großen Rede von der Unhaltbarkeit der Verträge zu sprechen.

Massenverhaftungen in Spanien.

Paris, 12. Juli. Dem „Journal" wird gemeldet, daß seit einigen Tagen beständig Gerüchte im Umlauf gewesen seien über die Vorbereitung einer über ganz Spanien verbreiteten Bewegung, die den Sturz der Monarchie zur Folge habe. Die Polizei habe bereits zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Nachricht von der Entdeckung des Komplotts habe in allen Kreisen große Sensation hervorgerufen. Die Zahl der Verhafteten belaufe sich auf etwa 100. Im Hinblick auf die Reise des Königs und Primo di Riveras nach Canfranc seien umfassende polizeiliche und militärische Maßnahmen vorbereitet worden. Nach einer Meldung des „Newyork Herald" aus Madrid beläuft sich die Zahl der Verhafteten schon auf 500.

Kreuzer „Dauntleß" im Dock. Der bei Halifax gestrandete britische Kreuzer „Dauntleß" ist durch kanadische Schlepper und zwei britische Kreuzer ins Trockendock gebracht worden.

Malmgreen selbst schon gestorben.

Kowno, 12. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist es dem russischen Eisbrecher „Krassin" gelungen, die Malmgreen-Gruppe zu erreichen. Malmgreen selbst soll schon seit einem Monat tot sein. Seine Leiche wurde geborgen. Die beiden Italiener Mariano und Zappi wurden gerettet.

Tschuchnowski notgelandet.

Rom, 12. Juli. In dem Bericht der „Citta di Milano" heißt es, nachdem die Auffindung der Dreimännergruppe geschildert ist, weiterhin: Eine plötzlich sich ausbreitende Nebelbank verhinderte den Flugzeugführer, den Eisbrecher „Krassin" wieder aufzufinden. Er flog darauf in der Richtung der Küste und **es gelang ihm, in der Nähe von Kap Platen zu landen, wobei allerdings der Apparat beschädigt wurde.** Die fünf Personen, die an Bord waren, konnten die Küste erreichen. Sie haben eine Langwellenfunkstation und Lebensmittel für 15 Tage.

*

Der Beschluß des „Krassin", seine ganze Kraft für die Rettung der Malmgreen-Gruppe aufzuwenden, macht

die Lage der Viglieri-Gruppe noch hoffnungsloser.

Der „Krassin" verfügt nicht über genügend Kohlen, um beide Gruppen zu retten. Er müßte also, ehe er zur Viglieri-Gruppe vorstoßen könnte, einen Hafen anlaufen, um Kohlen einzunehmen.

Die deutsche Klemm-Daimler-Maschine ist jetzt in Spitzbergen eingetroffen. Sie soll sofort startbereit gemacht werden, um zur Viglieri-Gruppe zu fliegen. Man fürchtet allerdings, daß es auch für dieses leichte Flugzeug fast unmöglich sein wird, auf dem brüchigen, mit losem Schnee bedeckten Eis zu landen.

Wieder Funkverbindung mit der Viglieri-Gruppe.

Rom, 12. Juli. Nach einem hier eingegangenen Telegramm ist die Funkverbindung der „Citta di Milano" mit der Viglieri-Gruppe wieder aufgenommen worden. Außer dem Standort wird in dem amtlichen Bericht nichts über die Lage der Gruppe mitgeteilt.

Die „Bremen" unter Polizeischutz.

Quebeck, 12. Juli. Da bekannt geworden ist, daß es dem Mechaniker der „Bremen" fast unmöglich geworden ist, den Apparat gegen die langsame Zerstörung durch Andenkenjäger zu schützen, haben die leitenden Polizeibehörden der Provinz Quebeck beschlossen, eine Polizeiabteilung zur Bewachung des Apparates nach Greenly Island zu entsenden.

Ankunft der Junkersmaschinen in Kabul.

Kabul, 11. Juli. Die drei Junkersflugzeuge, die vor einiger Zeit von Berlin nach Kabul über Moskau—Teheran abgeflogen waren, sind am 10. Juli wohlbehalten in Kabul eingetroffen. Eins dieser Fugzeuge war ein Geschenk der Reichsregierung an den König von Afghanistan und die beiden anderen hatte der König gekauft. Die letzte Etappe des Fluges von Herat bis Kabul ist ohne jeden Zwischenfall verlaufen. Auf der Flugetappe Herat—Kabul befand sich an Bord des einen Flugzeuges der stellvertretende afghanische Außenminister Gnulam Siddiqu Khan.

Krach im Steuerausschuß.

Schwierigkeiten um die Lohnsteuersenkung. — Das Krisengespenst geht um.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 12. Juli. Wie bereits angekündigt, haben sich heute im Steuerausschuß des Reichstages bei der allgemeinen Aussprache über die Lohnsteuersenkung recht beachtliche Schwierigkeiten ergeben. Der Antrag auf Lohnsteuersenkung ist bekanntlich von den Weimarer Parteien eingebracht. Nun haben es Parteien, die vorwiegend Arbeitnehmer umfassen, nicht besonders schwer, diesem Antrag zuzustimmen, während diejenigen Parteien, die auch vorwiegend Unternehmer und Industrielle zu den ihren zählen, in eine große Zwickmühle geraten sind. Die Deutsche Volkspartei hat daher begreiflicherweise der Lohnsteuersenkung ihre Zustimmung versagt. Die deutschnationale Stellungnahme ist demgegenüber durch große Schwierigkeiten gekennzeichnet. Man weiß aus den letzten Beratungen der Parteivertretung, welche Gegensätze sozialpolitischer Natur in der Partei vorhanden sind. Der Lohnsteuersenkung hatte Abg. Hertwig, der bekanntlich dem Gewerkschaftsflügel der Deutschnationalen angehört, zugestimmt. Gleich nach Schluß des Steuerausschusses traten die Deutschnationalen zu einer Fraktionssitzung zusammen, und man befürchtet, daß erneut die beiden schon des öfteren gekennzeichneten Gruppen gerade wegen dieser Lohnsteuersenkung hart aneinander geraten sind.

Nicht uninteressant war auch die Bemerkung des volksparteilichen Abg. Becker-Hessen, der die Regierung deutlich vor die Frage stellt, ob sie denn bei diesem Anlaß schon

eine Krise der der Regierung nahestehenden Parteien

in ihrer Stellung zur Regierung herbeiführen wollte. Der Abg. Becker-Hessen hat allerdings diese Bemerkung später wieder zurückgezogen, so daß nicht mit einer unmittelbar bevorstehenden Regierungskrise gerechnet zu werden braucht, zumal die Deutschnationalen ja ihre Zustimmung zur Lohnsteuersenkung gegeben haben und damit den Weimarer Parteien zu Hilfe gekommen sind.

Die Aussprache im Ausschuß wurde von dem Kommunisten Torgler eröffnet, der mit dem Ausmaße der Lohnsteuersenkung nicht zufrieden ist. Der

sächsische Ministerialdirektor von Sichart

von der sächsischen Gesandtschaft in Berlin **erinnerte sodann an die finanziellen Schwierigkeiten der Länder, die diese rechtzeitig bei den früheren Etatverhandlungen und Steuerverhandlungen geltend gemacht hätten. Damals seien sie auf das Steigen der Einkommensteuererträgnisse vertröstet worden und jetzt nehme man ihnen diese Möglichkeit der Aufbesserung. Damals habe man versprochen, keine Lohnsteuersenkung so bald vorzunehmen und schon nach einem halben Jahre habe man dies vergessen.**

Es müsse doch so etwas von Treu und Glauben auch in den politischen Verhältnissen zwischen Reich und Ländern geben.

Endlich schalte man durch die Form des Initiativgesetzes die Mitwirkung der Länder aus. Er bitte dringend, sie in dieser wichtigen Frage wieder einzuschalten.

Abg. Dr. Horlacher (Bayr. Vp.) erklärte, daß seine Partei alle Anträge auf Lohnsteuersenkung zurzeit ablehnen würde, da sie weiter nichts als eine Erhöhung der Realsteuern bringen würden. — **Abg. Brüning** (Zentr.) wies diese Befürchtungen zurück. — **Abg. Dr. Kulenkampff** (D. Vp.) erklärte, daß seine Partei nicht gegen eine Senkung der Steuern sei, aber sie fordere eine Senkung im Zusammenhang mit der Gesamtwirtschaft. Seine Freunde könnten sich daher nicht auf die vorliegenden Anträge einstellen. — **Abg. Hartwig** (D.-N.) führte aus, seine Freunde hätten zwar weitergehende Wünsche, aber mit Rücksicht auf die große Zahl von Arbeitnehmern, die es auch unter den Realsteuerpflichtigen gäbe, werde er dem Antrag zustimmen.

Abg. Dr. Becker (D. Vp.) weist auf die geringe Auswirkung der Steuersenkung hin. **Um dieses geringen Betrages willen wolle man riskieren, daß die neue Regierungskoalition bei der ersten Gelegenheit auseinanderfällt.** — **Abg. Drewitz** (Wirtsch.-P.) erklärt sich gegen den Entwurf, weil seine Wirkung eine Erhöhung der Realsteuern sein werde.

Abg. Dr. Fischer (Dem.) wendet sich gegen die Ausführungen Dr. Beckers. Gerade, wenn es sich um so kleine Beträge handle, sei der Widerstand der Deutschen Volkspartei unverständlich. — **Abg. Becker** betont nochmals,

es handle sich nicht um ein Koalitionskabinett; die Fraktionen hätten also freie Hand.

— Mit dieser für die Regierung Müller-Franken nicht sonderlich beruhigenden Bemerkung schloß die Aussprache. — **Unter Ablehnung der übrigen Anträge wird der Entwurf der Demokraten, Sozialdemokraten und des Zentrums mit 16 Stimmen angenommen. Dafür stimmen auch einige Vertreter der Deutschnationalen.** Die dazu gestellte Entschließung wurde gleichfalls angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

„In der Regierungserklärung kündigt die Reichsregierung für den Herbst die Prüfung der Frage einer Senkung der Steuern in den unteren und mittleren Stufen an. Der Reichstag hält angesichts des hohen Steuerdrucks, der vor allem auf den kleineren und mittleren Landwirten und Gewerbetreibenden lastet, und angesichts der Notwendigkeit, die Spartätigkeit anzuregen, eine solche Prüfung für dringend geboten, und ersucht dabei die von den Parteien zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes gestellten Anträge, sowie die Notwendigkeit einer Senkung der Realsteuern zu berücksichtigen."

SLUB
Wir führen Wissen.